

Interview von Wiebke Rannenber (Frankfurter Rundschau)  
mit Jürgen Schomburg (Geschäftsführer der GOAB )  
anlässlich des Jubiläums „25 Jahre GOAB“.

***In der Broschüre „25 Jahre GOAB“ tauchen immer wieder die Regierungswechsel in Land und Bund auf. Haben die politischen Verhältnisse eine so große Bedeutung für die Arbeit der Gemeinnützigen Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (GOAB)?***

Sie sind wichtig - der Bund bestimmt die Arbeitsmarktpolitik zu weiten Teilen. Noch wichtiger war aber, dass wir hier in Offenbach sozialpolitische Kontinuität hatten. Seit Gründung der GOAB 1985 haben SPD und Grüne in wechselnden Koalitionen die sozialpolitische Führung nicht abgegeben – und sie haben immer zu ihrem Kind GOAB und zu einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik gestanden. Und wir haben nie Parteipolitik gemacht. Deswegen denke ich auch, dass sich alle Offenbacher Parteien mit uns identifizieren.

***Und was ist mit der Bundes- und Landespolitik?***

Sehr wichtig war in der Anfangszeit für uns der Regierungswechsel in Hessen 1991 zu Rot-Grün; dann 2005 die Hartz-Gesetze. Mit dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ gab das Land 1991 erstmals (übrigens bis heute) Zuschüsse für die Qualifizierung von Arbeitslosen und verlangte im Gegenzug Qualität. Das war gut für uns, weil wir damit mehr professionelle Kräfte als Anleiter und Sozialpädagogen einstellen konnten. Damit begann eine qualitative Aufwärtsspirale. Die Hartz-Reformen waren dagegen ein durchgreifender Systemwechsel in vielerlei Hinsicht.

***Die Hartz-Gesetze bedeuteten auch das Ende der vom Staat bezahlten sozialversicherungspflichtigen Jobs: ABM für Arbeitslose und Hilfe-zur-Arbeit für Sozialhilfeempfänger. Jetzt beschäftigt die GOAB ständig ca. 350 Ein-Euro-Jobber. Ist das besser oder schlechter?***

Für die ABM-Beschäftigten war es für ein bis zwei Jahre mit tariflichem Entgelt sehr schön. Der Zielkonflikt war aber: die Leute verdienten gut, und der Anreiz war nicht hoch, in ungeforderte Arbeit zu wechseln. Das ist mit Arbeitsgelegenheiten (AGH), die sie etwas irreführend 1-Euro-Jobs nennen, deutlich anders. Ein sozialrechtliches Arbeitsverhältnis, 1 bis 1,50 Euro Mehraufwandsentschädigung und sechs bis zwölf Monate Laufzeit - schlechter kann man sich im Vergleich zu regulärer Arbeit nicht stellen. Ich gebe aber zu, dass damit die Ehre eines Menschen berührt ist, der eine gestandene Arbeitsbiografie hatte. Die haben aber nicht sehr viele.

***Sind Sie zufrieden mit den Ein-Euro-Jobs?***

Öffentlich geförderte Beschäftigung soll nicht zuletzt auf ungeforderte Beschäftigung hin trainieren. Dafür sind AGH nicht schlecht geeignet. Richtig gemacht, strukturieren sie den Tag, bieten sozialen Anschluss und Erwerb von Know-How und ermöglichen Erfolge an Ernstaufgaben. Das ist gut und wird von den Beschäftigten auch so erlebt. Unser Credo ist: es muss sinnvolle und fordernde Arbeit sein, die auch zu Kundschaft und Erlösen führt. Von Bastelstuben halten wir nichts.

***Besteht die Gefahr, zur Bastelstube zu werden?***

Ja, wenn es nach einigen Interessengruppen ginge und wenn ich Vorschriften angstvoll und wörtlich umsetze.

***Aber die Vorschriften zu Ein-Euro-Jobs und Wettbewerbsverzerrung geben den Kritikern recht.***

Welche Wettbewerbsverzerrung? Das hessische Handwerk allein macht 20 Milliarden Umsatz im Jahr - welchen Umsatz erwirtschaften hessische Beschäftigungsträger mit handwerklichen Dienstleistungen? Ein Zehntausendstel vielleicht?

Und die Vorschriften: Bei den Prüfungen des Bundesrechnungshofs kommt stets heraus, dass ein großer Teil der AGH bundesweit in einem oder mehreren Punkten den buchstäblichen Vorgaben nicht entsprechen oder dass die Grundsicherungsträger Verwaltungsfehler gemacht haben. Das wird hier auch so sein. Das liegt daran, dass die Verwaltungsvorschriften und die Vorschriften von Zusätzlichkeit, öffentlichem Interesse und Wettbewerbsneutralität lebensfremd sind.

***Wie würden Sie das Problem lösen?***

Die Lage rund um die geförderte Beschäftigung ist politisch sehr verfahren. Man macht die Spielräume immer enger und die Arbeiten damit sinnloser. Dazu kommt die Sparpolitik, die zum Abbau von Plätzen führen soll. Am Ende sitzen 150.000 Langzeitarbeitslose mehr als vorher ehrenvoll zu Hause anstatt - gefördert - zu arbeiten.

Deshalb schlägt jetzt die Stunde des "Passiv-Aktiv-Transfers". Nehmen wir die passiven Leistungen (ALG II, Wohnkosten), die ein Langzeitarbeitsloser sowieso erhält und geben wir sie als Zuschuss zu einer sozialversicherten Beschäftigung, also: „aktivieren“ wir die Stütze! Nehmen wir dann das Vorbild der Integrationsbetriebe und geben die Marktbetätigung frei. Jeder Unternehmer, ob Wirtschafts- oder Sozialbetrieb, kann dieses Modell nutzen. Einige Bestimmungen müssen Missbrauch und Dauerförderung verhindern, einige Zuschüsse müssen besondere Leistungen (Betreuung, Bildung) ermöglichen. Das Ganze ist nicht teurer, weil durch Arbeit Geld aus dem Markt generiert wird.

***Jeder Unternehmer? Aber wieso sollte er dann noch ungeförderte Beschäftigte einstellen?***

Weil er aus dem Reservoir der Langzeitarbeitslosen seine Fachbelegschaft nicht rekrutieren kann.

***Mancher Kritiker sagt, die vielen Beschäftigungs- und Qualifizierungsanbieter in Offenbach plädieren auch deshalb für die weitere Förderung, damit ihre eigenen Arbeitsplätze gesichert sind.***

Die Offenbacher Träger haben die Sparpolitik in Berlin kritisiert, weil in Offenbach nach wie vor ein Sechstel der Bevölkerung vom SGB II abhängt. Die sozial Schwachen werden durch die Sparpolitik weniger aktiviert und weniger gefördert - sie zahlen die Zeche für die Gierigen, die die Finanzkrise heraufbeschworen haben. Und weniger Aktivierung bedeutet Verfestigung. Auf der Couch wird niemand fit.

**Gekürzt veröffentlicht in der FR vom 05.11.2010**